

Saale-Zeitung.

Anzeigen

werden die Spaltenpreise nach dem Raum mit 30 Pfg. ...

(Der Abdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.)

Bezugspreis

für Halle vierteljährlich 2,50 M., halbjährlich 4,50 M., ...

Für die Redaktion verantwortlich: Max Scharre in Halle.

Herausgeber: Redaktion Nr. 2332. - Expedition Nr. 1781.

Hundertdreißigster Jahrgang.

Nr. 23.

Halle a. d. Saale, Dienstag, den 15. Januar

1901.

Handelstag und Zollpolitik.

Die Thatsache, daß der deutsche Handelstag auf seiner kürzlichen Versammlung die Resolution, welche sich gegen jede Erhöhung der Getreidezölle ausspricht, mit einer verhältnismäßig schwachen Majorität annahm, ist bekanntlich von den schützpolitischen und agrarischen Kreise in dem Sinne auszuwerten versucht worden, als ob selbst Handel und Industrie etwa zur Hälfte auf hochschützpolitischeren Boden ständen, als es in Wirklichkeit der Fall ist.

Es dürfte deshalb angebracht sein, nochmals auf die Angelegenheit zurückzukommen und die vollständige Unrichtigkeit der oben erwähnten agrarischen Schlussfolgerung darzutun, wie sie sich ergibt, wenn die Abstimmung vom Standpunkte der Zusammenlegung des Handelszolls aus betrachtet wird. Zunächst ist es ein Irrtum, wenn man, wie es vielfach geschieht, die handelspolitische Stimmung der deutschen Unteroffizienten für ausschlaggebend bei der Bestimmung des Zolltarifs ansieht, und Industrie im großen und ganzen mit dem Agrarstand hochschützpolitischer und handelsvertragsgewöhnlicher Interessen identisch wäre. Die wirkliche Schlichte ist vielmehr so, daß in beiden Gruppen des Erwerbslebens die handelspolitischen Interessen geteilt sind. In beiden sind es gewisse Untergruppen - dort der ostelbige Großgrundbesitz, hier gewisse Schichten der Kleinrentner und einige kleinere Industriezweige - welche für eine hochschützpolitische Abschließungspolitik kämpfen.

von dem Bewußtsein durchdrungen sind, daß eine Erhöhung der Getreidezölle eine schwere Schädigung unserer nationalen Wirtschaft bedeute.

Deutsches Reich.

Pol- und Personalnachrichten.

Als Vertreter unwähliger Stöße bei den Jubiläumsspektakeln in Berlin sind ferner angemeldet: für den Großherzog von Oldenburg der oberbayerische Minister des Innern, B. H. H.; für den Großherzog von Sachsen der sachsen-lauenburgische Minister des Innern, Graf v. D. ...

Der Reichsfürst Graf v. Bülow hat seine letzten dem russischen Reichsoberkonsul, dem russischen Vizekonsul Grafen v. ...

Die Entschärfung im Abgeordnetenhaus.

Am Montag hat im Reichstagen Abgeordnetenhaus die erste Lesung des Etats begonnen. Man konnte den Verhandlungen mit besonderem Interesse entgegensehen, weil zu erwarten stand, daß die Parteien Stellung zu den programmatischen Erklärungen des neuen Ministerpräsidenten nehmen und zugleich über die beiden eingegangenen neue Kanalvorlage und die voranschreitende Schlichte sich äußern würden.

Die Reden der Redner eröffnete der Sprecher des Centrums Abg. Frick, der seit Jahren als Entschärfer der Partei im Abgeordnetenhaus fungiert. Was er vorbrachte, war im ganzen wohlgeordnet und entsprach zu einem guten Teil auch den Anforderungen, die von der Linken vertreten werden. So kritisierte er zutreffend das finanzielle Verhältnis Preußens zum Reich und forderte, auf die einzelnen Etats einzugehen, eine wirksamere Staatsaufsicht bei den Hypothekensachen und eine Reform der Kriminalpolizei an Haus und Gütern.

Der Redner der Kontraktion, Graf v. Bülow, verriet sich vornehmlich, als er in bestimmter Form zu der Kanalvorlage zu äußern; er erklärte nur, was in selbstverständlicher Weise seine Freunde die neue Vorlage objektiv prüfen würden, er lobte den Ministerpräsidenten dafür, daß er die Vorlage nicht als eine hochpolitische, sondern als eine rein wirtschaftliche beschiedener habe.

Von der Linken hat sodann Abg. Richter zum Wort. Dieser hielt eine außerordentlich gute außerordentlich wirksame Rede. Der unvergleichliche Humor und der spitzige Sarkasmus, über die der freisinnige Führer verfügt, und mit denen er auch die trockenste Materie zu beleben weiß, riefen häufig große Heiterkeit an allen Wänden des Hauses und auch an dem hart beizigen Ministerpräsidenten hervor. Richter unterwarf zunächst die Finanzpolitik des Herrn v. Bülow einer scharfen Kritik, wobei er die Belohnungswirtschaft in Preußen mit der schledigen Finanzlage des Reiches in Vergleich stellte, und ging dann zu dem einzelnen Etat ein. Besonders eingehend nahm er das Ministerium des Innern ins Auge, indem er die Handhabung der Theaterzentur und die Vorgänge im Steuerwesen, sowie die Frage des Schicksals der Reichsanstalten zu sprechen, kritisierte mit scharfer Zucht die wahren Schläger das bisherige Verhalten der Regierung und der Reichsparteien und gab der Meinung Ausdruck, daß diesem die Vorlage entweder angenommen oder bis zur nächsten Session verschoben werden würde.

Herr v. Bülow ergriff sodann das Wort, um den Eindruck der Ausführungen des Abg. Richter abzumildern. Er ging diesmal, was zu loben ist, auf die Tribüne und gab sich im ersten Teil erschöpfend Mühe, möglichst laut und verständlich zu sprechen. Im zweiten Teil aber verfiel er wieder in die leise Sprechweise, die ihm in der letzten Zeit zur Gewohnheit geworden ist. Mit stichlicher Erregung machte Herr v. Bülow die Angriffe gegen seine Finanzpolitik zurückzuweisen, geschicklich dabei aber mehr in rhetorischen Epithetendeeleien, als in sachlichen Argumenten. Als er fertig war, erwiderte an der Linken der Abgeordnete: „Ist der Kanal?“ - was große Heiterkeit hervorrief. Herr v. Bülow hatte nämlich nicht mit einem Wort über eine Revolution Richter's diese Frage berührt. Als er die Tribüne hörte, ging er noch einmal auf die Tribüne, um noch ein paar Worte über den Kanal zu sagen. Aber was er sagte, war eigentlich keine Empfehlung der Vorlage, sondern Vorwürfe gegen den Abg. Richter, obwohl dieser gerade lebhaft für die Vorlage eingetreten war. Auch der Minister des Innern Frhr. v. Bülow äußerte sich zu den vom Abg. Richter angeführten

Frage und verbreitete sich namentlich ausführlich über die geplante Reform der Kriminalpolizei. In vorgerückter Stunde kam noch der Redner der National-liberalen Abg. Dr. Sattler zum Wort, der in der Kritik des Etats und in verschiedenen anderen Dingen dem Abg. Richter auftrat.

Politik.

Der Bundesrat hat in seiner gestrigen Sitzung die Vorlage, betreffend den Entwurf einer Reichs-Gesetzordnung für die landwirtschaftlichen Produkte gelehrt ist, die Fortsetzung derselben, der Zolltarif wurde vor der Beilegung der Kanalvorlage im Reichstagen festgelegt sein. Diese Stelle wird wohl auch nicht unberührt bei der in den letzten Tagen verbreiteten Nachricht, daß der Zolltarif nur noch dem Reichstage laß vorgelagert werden solle. Einzelne gehen sogar so weit, zu behaupten, der Zolltarif solle noch in dieser Session erledigt werden.

Demgegenüber können wir nur wiederholen hervorheben, daß der Zolltarif zur Zeit noch im Reichstagen am bearbeitet und daß wohl noch mehrere Wochen hingehen werden, bevor er an den Bundesrat kommt. Daß der letztere gerade eine solche Vorlage, bei der wichtige Interessen der verschiedenen Bezirke Deutschlands in Frage kommen, nicht in wenigen Tagen fertig stellen kann, liegt auf der Hand. Da der Zolltarif im letzten Verlaufe der Session noch eingebracht werden wird, läßt sich noch gar nicht übersehen. Zugleich scheinen die Herren Kontraktion der Kanalvorlage mehr und mehr Freundschaft zugewinnen. Von einer Stimmung, wie sie in der früheren Session sich so energisch gegen den Kanal geltend machte, ist keine Rede mehr. Auch Graf v. Bülow, der gestern bei der Generaldebatte des Etats namens der Kontraktion sprach, war der Anerkennung für den Herrn Reichskanzler voll und hob besonders scharf den Gegensatz zwischen ihm und seinen beiden Vorgängern hervor. Die Herren scheinen sich bereits sicherer zu fühlen, als sie nach der mehr oder weniger allgemeinen Meinungen des Herrn Reichskanzlers im Juli hätten.

Die „All. Anzeiger“ enthält folgende Zuschrift: In den besprochenen Beschlüssen der Deutscher Gesellschaft für diese Sache eine Stelle von Interesse ist, die sich in einer von Strauß in seiner „Revue of History“ vom 15. November 1899 veröffentlichten „Graf v. Bülow's Briefe“ findet. Es heißt dort auf Seite 455, die Deutscher Gesellschaft habe auf das Bestreben von Cecil Rhodes in ihre Statuten eine Klausel (provis) aufgenommen, die die Direktoren ermächtigte, nach eigenem Ermessen aus den Ueberflüssen Beiträge zu politischen oder Reichsangelegenheiten zu bewilligen. Sie hätte richtig, wie bei der genauen Bekanntschaft von Cecil Rhodes nicht zu bezweifeln ist, so läge die Möglichkeit solcher Beschlüssen nicht ausser Acht.

Als Oberpräsident für Berlin wird in Berliner parlamentarischen Kreisen der frühere Staatsminister von Bülow, gegenwärtig Oberpräsident der Provinz Sachsen, genannt. Von anderer Seite wird auf den Landrat v. Siedenrauch hingewiesen.

Landwirtschaftliches.

Trotz anfänglichen Widerstandes verschiedener Mitglieder hat die Kommission des Reichstages die durchgeführten Verhandlungen, daß die Abgabe, welche das Ministerium des Innern als Ersatz für den Zolltarif vorgeschlagen ist, auf 100 Prozent erhöht wird. Die Abgabe für den Zolltarif wird im nächsten Winter auf 1,10 Mark per Zentner erhöht. Ohne die Verhältnisse zu übersehen, kann man annehmen, daß die Preise für wolleartigen Zuder, auf Basis des heutigen Wertes, unter normalen Verhältnissen, also ohne das Kartell, wohl etwa 5 M. per Zentner niedriger stehen würden, was bei einem Zolltarif von etwa 15 Millionen Zentnern jährlich eine Abgabe von etwa 75 Millionen Mark entspräche, die das Ausland dem Zuderfakt abgibt.

Im Jahre 1900 haben 32 Neubepflanzungen von Domänen stattgefunden. Bei diesen 32 Neubepflanzungen wurde anstatt des bisherigen Bodenzins von 615,602 M. ein Bodenzins von 510,857 M. erzielt, also 105,245 M. weniger. Eine Reihe von Domänen gerade in Ostpreußen aber haben bei der Neubepflanzung höhere Bodenzinse erzielt als bisher. So ergaben die Domäne Randerort im Kreis Lyck einen um 515 M. höheren Bodenzins; für die Domäne Schöben im Kreis Templin wurde der jährliche Bodenzins von 14,955 auf 21,188 M. erhöht. Die Domäne Treibschheim im Kreis Scharode ergab eine um 781 M. höhere Bodenzins. Auch die Domäne Bönning im Kreis Sangerhausen ergab 490 M. mehr Bodenzins.

Bemerkung und Kritikpunkte.

Nach dem neuen Entwurf einer Reichs-Gesetzordnung für den Reichs-Einkauf ist es zu erwarten, wenn Ausschüsse gebildet für 1. Grundbesitzer im allgemeinen (insbesondere jedoch Wohnung, Heizung, Lichtung, Beleuchtung, Beschaffung, Schule, Pflanz, Pflanzung und Beförderung von Kindern in Betracht kommen), 2. Grundbesitzer, 3. Arbeitervermittlung, 4. Gewerbebetriebe, 5. Gewerbebetriebe, 6. Pflanzungen im allgemeinen (insbesondere Unterbringung, Behandlung und Beförderung von Kindern), 7. Pflanzungen, 8. Schiffs- und Pflanzungen, 9. Pflanzungen (einschließlich Reichs-Einkauf). Die Übertragung des Reichs-Einkaufs in seiner Gesamtheit bedarf der vorgängigen Genehmigung des Reichstages des Reichstages des Innern. Die Sitzungen sind





